

9.. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

17. Juni 1953

47/J

A n f r a g e

der Abg. Dr. K r a u s, Dr. R e i m a n n, K i n d l und Genossen
an den Bundesminister für Inneres,
betreffend Erhöhung der Unterkunftbeiträge volksdeutscher Lagerinsassen.

-.-.-

Das Bundesministerium für Inneres hat im Einvernehmen mit den zuständigen Besatzungsmächten und dem vom Innenministerium eingesetzten Flüchtlingsbeirat mit Erlass vom 15.5.1953, Zl. 60.200 - 12 U/53, den Unterkunftsbeitrag für die vom Bunde betriebenen Flüchtlingslager mit Wirkung vom 1.6.1953 von 0,60 S auf 1 S pro Quadratmeter erhöht. Lediglich für kinderreiche Familien mit nur einem Lohnempfänger, die in sozialer Notlage leben, ist als Begünstigung vorgesehen, den Unterkunftsbeitrag auf 30 Quadratmeter zu beschränken, wenn auch die Familie eine grössere Nutzfläche zur Verfügung hat. Aber auch in diesem Falle hat das Bundesministerium für Inneres eine rigorose Handhabung der Begünstigung zur Pflicht gemacht.

Es ist bekannt, dass es sich bei den Unterkünften der volksdeutschen Lagerinsassen vornehmlich um Baracken und andere Behelfsbauten handelt, die nicht geeignet sind, Wohnbedürfnisse menschenwürdig zu befriedigen. Wenn man bedenkt, dass für den Quadratmeter Wohnraum in einer normalen Wohnung durchschnittlich 1,30 S zu bezahlen sind, so ist ein Mietzins von 1 S pro Quadratmeter für Räume, wie sie der Bund den Volksdeutschen zu bieten in der Lage ist, als ungerechtfertigt zu bezeichnen. Es darf dabei wohl auch nicht vergessen werden, dass dadurch die ärmsten, unverschuldet in Not geratenen Menschen belastet werden. Vor allem wird Klage darüber geführt, dass bei der Erhöhung der Unterkunftsbeiträge die wesentlich höheren Kosten für Heizmaterial, die sich bei diesen Notunterkünften ergeben, in keiner Weise berücksichtigt wurden.

Die unterzeichneten Abgeordneten erblicken in der vom Innenminister verfügten Erhöhung der Unterkunftsbeiträge eine ungerechtfertigte Härte und richten daher an den Herrn Bundesminister für Inneres die

A n f r a g e :

Ist der Herr Bundesminister bereit, die von ihm verfügte Erhöhung der Unterkunftbeiträge für Insassen der Lager für Volksdeutsche rückgängig zu machen?

-.-.-.-